

Die Erdkugel ist kein aufblasbarer Ballon – Flächenfraß? Nein danke!

Bürgerforum Dormitz und Bund Naturschutz protestieren gegen die geplante Ortsumfahrung von Dormitz

Bei einer Aktion gegen den geplanten Neubau der Staatsstraße 2240 als Ortsumfahrung von Dormitz machten VertreterInnen der Wählervereinigung "Bürgerforum Dormitz" (BfD) und des Bundes Naturschutz (BN) am 16. August 2011 mit einer spektakulären Aktion auf den anhaltenden Flächenverbrauch und die Landschaftsverhandlung in Bayern aufmerksam.

Die Akteure bedeckten eine landwirtschaftliche Nutzfläche in drei Minuten mit 300 m² weißer Folie (Foto). Das entspricht dem ruinösen Flächenverbrauch in Bayern für Siedlungs- und Verkehrszwecke von über 100 m² in einer Minute, Tag und Nacht. Allein in Bayern werden so täglich 16,4 Hektar (22 Fußballfelder) zumeist landwirtschaftlich nutzbarer Boden überbaut. Aber auch immense Naturflächen gehen dadurch verloren - und damit die Naturräume, die der Mensch als Lebensraum benötigt.

Die für Dormitz geplante Ortsumfahrung soll nach Angaben des Staatlichen Bauamtes 1,9 km lang sein und zwei Brückenbauwerke, Dämme bis zu 4,50 m Höhe und tiefe Landschaftseinschnitte aufweisen. Sie wird - ohne Lärmschutzkosten – mit mindestens 9,21 Mio € veranschlagt. Nach den derzeitigen Plänen würde sie nördlich von Dormitz an die Südumgehung Neunkirchen angeschlossen, erst über den Brandbach und dann über den Ebersbach verlaufen, und dann weiter über das Eichenwäldchen am Rosenbacher Berg und am Höhenzug entlang in die Senke zwischen Weiher und Dormitz zur Einmündung nach Kalchreuth führen.

Auch wenn die Fläche der reinen Straßenfahrbahn nur 2,63 Hektar beträgt, werden für das Projekt von staatlicher Seite für alle Nebenanlagen, wie Böschungen, Entwässerung- und Regenrückhaltesystem insgesamt 15,13 Hektar veranschlagt.

"Wir wollen zeigen, wie viel Fläche in Bayern Tag und Nacht unwiederbringlich verloren geht; derzeit sind es 106 m² Quadratmeter pro Minute", so Heinrich Kattenbeck, 1. Vorsitzender der BN-Kreisgruppe Forchheim, "Es gilt verbliebene Naturlebensräume nicht weiter zu schmälern; wir stehen aber auch hier, um Bayerns Schönheit, unsere fränkische Kulturlandschaft und unsere Naherholungsgebiete zu bewahren."

Karin Weber, 2. Vorsitzende des BfD und seit 21 Jahren Gemeinderätin von Dormitz: *"Die Trasse alleine würde über 15 Hektar wertvolle landwirtschaftliche Fläche verbrauchen. Das wäre aber nur der Anfang. Bürgermeister Schmitt äußerte bereits die Möglichkeit der Baulandausweisung bis an die geplante Umfahrung heran. Dormitz wäre dann flächenmäßig vervielfacht. Hier drohen uns eine gigantische Landschaftszerschneidung für unsere Fauna und Flora und Versperrung der Zugänge in die freien Naherholungsgebiete. Große Erdbewegungen mit tiefen Einschnitten und Aufschüttungen bis zu 4,50 m sollen hier vorgenommen werden. Durch die hohe Lage der geplanten Straße wäre zukünftig mit erheblichen Lärmbelastungen aller Dormitzer Siedlungen zu rechnen."*

"Auch mit der aktuellen Trassenplanung würde der Lebensraum an dem uralten Eichenbestand mit seinen seltenen Fledermausarten sowie wertvolle Streuobstbestände mit EU-weit geschützten Vogelarten vernichtet", so Bernhard Birnfeld, 1. Vorsitzender der BN Ortsgruppe Neunkirchen und Umgebung, "So darf es nicht weitergehen, die Erdkugel ist kein aufblasbarer Ballon. Das aber scheint in

Dormitz nicht angekommen zu sein. Unbekümmert plant man überdies noch ein 4,2 Hektar großes Gewerbegebiet, total unverhältnismäßig zur Einwohnerzahl."
"Und dies bei ungenutzten Gewerbegebiets-Brachen von bayernweit 13.000 Hektar",
so Tom Konopka, oberfränkischer BN-Regionalreferent, *"Wir appellieren an die Bayerische Staatsregierung mit ihrem Staatlichen Bauamt in Bamberg und die Regierung von Oberfranken, der Verschandelung unserer Heimat nicht durch solche Planungen Vorschub zu leisten. Wir bestreiten nicht, dass die Ortsdurchfahrt von Dormitz belastet ist, die Belastung lässt sich aber klüger reduzieren. Bei sinkender Bevölkerungszahl und zukünftig steigenden Spritpreisen muss der Bedarf solcher Straßenneubauten überprüft werden. Dies ist auch schon angesichts des Klimawandels nötig."*

Vielmehr fordern das Bürgerforum Dormitz und der Bund Naturschutz, die Hauptstraße für die Sicherheit aller Bürger, jetzt und solange sie noch in Staatsbesitz ist, umzugestalten.

Wenn zum Schutz der Bürger eine Umfahrung gefordert wird, dann gilt es um so mehr jetzt sofort mit entsprechenden Umbaumaßnahmen an der bestehenden Hauptstraße zu beginnen und sie sicherer zu gestalten.

Wenn die Hauptstraße in Staatsbesitz nicht rückgebaut wird, steht leider zu befürchten, dass eine solche Maßnahme, zu Lasten der Anlieger vollständig umgelegt wird und wegen knapper Haushalte nicht mehr über die Städtebauförderung finanziert werden kann (bereits 2011 sind die Mittel der Städtebauförderung für Dormitz gestrichen worden).

So schlägt der BN drei Maßnahmenpakete vor:

1. Umbau der Ortsdurchfahrt
 - bestehende Ortsdurchfahrt jetzt entschleunigen, die Straßenbreite dem derzeitigen Verkehrsaufkommen von 9000 Kfz/24Std. anpassen sowie in der Breite nach den Richtlinien der Straßenausbausatzung verschmälern und dadurch den Verkehr verlangsamen und leiser werden lassen,
 - aus der gewonnenen Breite durchgehenden Radweg abmarkieren und an geeigneten Stellen Parkbuchten anlegen,
 - Fahrbahnen mit schallabsorbierenden Belägen versehen,
 - mehrere Querungshilfen und Übergänge - auch kindergerecht - anlegen.
2. Kurzfristig dafür Sorge tragen, das Verkehrsaufkommen deutlich zu senken, z.B. durch Maßnahmen für ein aktives Umsteigen von Pendlern aus dem Erlanger Oberland nach Erlangen auf das Takt-Bus-System. Hierzu zählen z.B.: Jobtickets, Studententickets nach Erlangen deutlich verbilligen, auch indem Erlanger Arbeitgeber die Parkplatzbewirtschaftung verstärkt anwenden.
3. Mittelfristig das öffentliche Verkehrsnetz mit dem Bau der Stadt-Umland-Bahn verbessern, womit dann auch Lärm und die täglichen Pendlerstaus in Uttenreuth, Weiher und Erlangen nachhaltig eingedämmt werden können.

Generell steht das Vorhaben Ortsumfahrung im Widerspruch zu den Zielen des Bündnisses zum Flächensparen, die vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit propagiert werden. Mit dem "Bündnis zum Flächensparen", dem mittlerweile über 40 Partner, z.B. Staatsregierung, kommunale Spitzenverbände, Kommunen, Kirchen und Umweltverbände, angehören, soll der Flächenverbrauch reduziert werden. Dazu gehören Projekte wie das "Kommunale Flächenressourcen-Management". Die geplante Ortsumfahrung von Dormitz stünde im krassen

Gegensatz zu diesem Ziel, was jeglicher Glaubwürdigkeit der Politik weiter abträglich wäre.

So aber bewegt sich die eine Umfahrung befürwortende Mehrheit der offiziellen Vertreter der Gemeinde, so der Bürgermeister und eine Vielzahl an Ratsvertretern, noch immer fernab unserer Zeit angemessener Gedanken, die eine Lösung in einer generellen Verkehrsabsenkung zu suchen. Den Prognosen des Staatlichen Bauamts, der Verkehr werde von derzeit 8.900 Kfz in den nächsten Jahren auf 12.000 Fahrzeuge ansteigen, widersprechen schon heute die offiziellen Untersuchungen des Freistaates, was die demographische Entwicklung im Erlanger Oberland betrifft. Die Siedlungszuwächse, etwa in Neunkirchen, die für einen Verkehrsanstieg von über 25% sorgen sollen und den Dormitzer Bürgermeister schier rastlos umtreiben, wird es nach diesen Unterlagen nie geben. Im Gegenteil, nach einer Zeit der Stagnation wird während der Dekade ab 2020 sogar ein Absinken prognostiziert. Darüber hinaus weist die "Dauerzählstelle 9633" am Verkehrszählungspunkt in Uttenreuth- Ost beeindruckend nach, dass sich das Verkehrsaufkommen seit 2008 stetig reduziert.

Was aber ist die Bedrohung durch die Ortsumfahrung?

- Viele landwirtschaftliche Anbaugelände von Dormitzer Landwirten würden zerstört und ihre Wirtschaftlichkeit geschwächt, in einer Zeit, in **der eigentlich die Regionalversorgung gestärkt** werden soll.
- Durch den Bau von weiteren Straßen belasten wir uns als Bürger massiv. Die Kosten des Straßenbaues und des Instandhaltens werden von immer weniger Bürgern bezahlt werden müssen. Die Bevölkerungszahlen sinken und somit auch die Steuerzahler, bereits jetzt muss über weitere Einkünfte wie Maut nachgedacht werden, um die anfallenden Straßenkosten zu bewältigen.
- Der geplante Straßenzug würde über den ca. 24 m hohen Rücken des Rosenbacher Bergs führen. Eine zusätzliche Lärmbeschallung von Dormitz und Weiher bei zusätzlichem Energieverbrauch ist zu erwarten, vor allem in Hinblick auf den angezogenen Schwerlastverkehr bei dessen Überwindung der Höhendifferenz.
- Mit dem Vorhaben würden etliche Flächen vernichtet, die unter den Schutz des Bayerischen und des EU-Naturschutzgesetzes fallen, wie extensives Grünland, naturnahe Hecken, naturnahe Feldgehölze und Streuobstbestände sowie Auwald bzw. gewässerbegleitende Gehölze entlang der Fließgewässer, insbesondere am Brand- und Ebersbach – Basis für den Fortbestand der Nahrung höherer Arten.
- Hier würde eine günstige Möglichkeit zur Umfahrung des Nürnberger Kreuzes eröffnet (Abkürzung zwischen der A9 zur A73). Folglich wird es nicht beim heutigen Verkehrsaufkommen bleiben, sondern zu neuen, zusätzlichen überregionalen KFZ-Kolonnen kommen. Insbesondere wäre mit einem deutlichen Anstieg des überregionalen LKW-Verkehrs zu rechnen, vor allem bei Staus am Autobahnkreuz.
- Umweltfreundlichen Verkehrsträgern, wie z.B. der Stadt-Umland-Bahn, werden Beförderungspotential entzogen und so einer ganzen Region eine Entspannung durch Verkehrsminderung verwehrt.

Regional zukunftsfähig ist nur ein System, das bewusst und aktiv auf die Verkehrsabsenkung setzt und dem heute viele BürgerInnen zunehmend den Vorzug geben würden, anstatt mit ansehen zu müssen, wie die Lebensqualität durch immer mehr Straßen vernichtet wird.

Die Verlagerung der Verkehrsströme auf neuartige Verkehrsträger ist das Gebot der Stunde. Dass Innenminister Herrmann erst vor wenigen Wochen mitgeteilt hat, dass er die Stadt-Umland-Bahn von Nürnberg nach Erlangen voranbringen will, macht Mut.

Bislang wurde der Forderung des Bundes Naturschutz an die Regierung von Oberfranken nach einem ordentlichen Raumordnungsverfahren nicht entsprochen.

Darin könnten jedoch überörtliche Belange wie Verkehrsfragen (Abkürzungsstrecke) korrekt geprüft werden.

Laut Staatlichem Bauamt soll aufgrund von rund 260 eingegangenen Einwendungen gegen diesen Straßenbau ein erneutes Planfeststellungsverfahren im Jahr 2011 eingeleitet werden. Hierbei wird der Bund Naturschutz alle ihm verfügbaren Mittel einsetzen, um das unnötige und obendrein noch belastende Straßenprojekt zu stoppen.